

Tradition im Maschinenbau, gut ausgebildete Facharbeiter und innovative Ingenieure, Faszination für Technik, und natürlich unsere Exportstärke. Es ist aber auch das Verdienst einer Umweltpolitik, die ambitionierte Standards gesetzt hat und damit oft zum internationalen Vorreiter wurde. Sie hat die Unternehmen für die Zukunft fit gemacht. Denn dies müssen wir uns immer vor Augen halten: Die neue Umweltpolitik ist Innovations-, Beschäftigungs-, Standort- und Investitionspolitik in einem!

Die Erkenntnis, dass Arbeit und Umwelt längst zusammengehören, dass eine gute Umwelt gute Arbeit schafft, muss auch weiterhin praktisch in Politik und Wirtschaft umgesetzt werden. Wir müssen gerade jetzt auf krisensichere und zukunfts-feste Beschäftigung setzen: Ökologische Industriepolitik sorgt für verstärkte Investitionen und Innovationen. Sie ist ein Schlüsselfaktor für umweltverträgliches Wirtschaftswachstum und letztlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Albrecht von Lucke

Mehr Mut zur Vision

Das Zukunftsprojekt der FES formuliert große Ziele. Doch reichen sie aus und sind sie auch politikfähig? Wo sind die Mehrheiten und Akteure, die diese Ziele umzusetzen in der Lage wären? Eine profilierte Stimme der linken Publizistik nimmt dazu Stellung.

»Wir leben inmitten einer Zeitenwende. Der Marktradikalismus ist in Deutschland und der Welt gescheitert. Gesellschaftliche Bedingungen verändern sich rasant. Deutschland ist stark und kann die Herausforderungen bestehen. Aber es braucht Zuversicht und den Mut zum gesellschaftlichen Fortschritt.« Mit diesen Worten umreißt die SPD-Partei-führung derzeit die dramatische Zäsur der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es sind die einleitenden Zeilen der großen Veranstaltungsreihe »Das Neue Jahrzehnt«, mit der die Partei politisch-intellektuell wieder in die Vorhand kommen möchte.

Insofern trifft es sich gut, dass just zu diesem Zeitpunkt die Friedrich-Ebert-Stiftung, gewissermaßen der *Think Tank* der deutschen Sozialdemokratie, ihre Zwischenbilanz des zentralen Projekts »Zukunft 2020« präsentiert. Auf der anderen Seite hätte man sich einen schwierigeren Zeitpunkt kaum denken können. Während die ökonomisch und politisch Ver-



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Soeben ist im Wagenbach Verlag sein neues Buch erschienen: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin: 1949-1989-2009.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

antwortlichen auf Sichtweite fahren und bei ihrem Krisenmanagement kaum über die nächste Woche hinaus planen, wagt die FES eine Prognose der politischen Handlungsmöglichkeiten bis zum Jahr 2020. Das angestrebte Ziel ist gewaltig: »So reich wie die USA, so sozial wie Schweden«, lautet das Motto. Klotzen nicht kleckern, ist ersichtlich die Devise.

Und hier bereits beginnt das Dilemma. Derweil die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die Zukunftsfähigkeit der gesamten westlich-kapitalistischen Welt in Frage stellt, postuliert das FES-Projekt einen Fortschrittsbegriff, der sich primär

dem Ziel wirtschaftlichen Wachstums beschreibt. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Offensichtlich wurde die Studie bereits lange vor Beginn der Krise in Auftrag gegeben und konzipiert, was auch ehrlicherweise eingestanden wird: »Zu Beginn des Projekts im Jahr 2007 und Anfang 2008 erfreute sich Deutschland eines wirtschaftlichen Aufschwungs. [...] Das Projekt beabsichtigte zunächst, diese Schieflage des Aufschwungs zu korrigieren und ihn somit zu verstärken und zu verstetigen.« (vgl. den Beitrag von Michael Dauderstädt)

Seither jedoch hat sich die Welt fundamental verändert. Das aber findet in der Analyse deutlich zu wenig Niederschlag, wie bereits das Ziel der Studie zum Ausdruck bringt. Wer wollte sich heute noch auf den (ohne primär gepumpten) Reichtum der USA hin orientieren, der sich dieser Tage regelrecht in Luft aufzulösen scheint – mit dramatischen Folgen für den Rest der Welt? Den fast revolutionären Umwälzungen wird zu selten Rechnung getragen – weder in ihren Risiken, noch in ihren Chancen. Stattdessen bleibt auch in der Diktion alles beim (vermeintlich bewährten) technokratisch-wissenschaftlichen Alten. »Das Zukunftsprojekt der FES identifiziert und kommuniziert Strategien und Politiken, die es ermöglichen, bis zum Jahr 2020 ein soziales Deutschland zu erreichen,« lautet der dafür exemplarische erste Satz der Zusammenfassung. Das klingt gleichermaßen gewagt wie irritierend – zumal wir in Zeiten leben, die allen Anlass geben, das Gegenteil dieser optimistischen Prognose ins Auge zu fassen.

Angesicht der Dramatik der Krise haben die vier zentralen Vorschläge (1. Steigerung der Produktivität, 2. Erhöhung der Beschäftigung, 3. Sicherung der Nachfrage und 4. Verbesserung der Verteilung), so richtig sie im Einzelnen sein mögen (insbesondere die beiden Letzteren), gegenwärtig fast den Charakter von »Wünsch Dir was«. Am deutlichsten zeigt sich das bei den Forderungen nach Produktivitätssteige-

run und Ausweitung der Arbeitszeit. Bereits heute schließen mehr und mehr Traditionsfirmen, gehen weite Teile des Landes auf Kurzarbeit. Wenn die Krise spätestens in diesem Sommer die deutsche Realwirtschaft voll erfasst haben wird, wird es nicht um die Ausweitung von Arbeitszeit gehen, sondern wohl eher um die möglichst kreative Verwaltung des Mangels derselben.

Und selbst wenn die Expertise in anderen wesentlichen Politikzielen (etwa der notwendigen Erhöhung der Binnennachfrage) durchaus trifft: Was dagegen gar nicht auftaucht, ist der eigentliche politische Faktor, ist die Frage nach der politischen Mehrheit und den Akteuren, die sie umsetzen. Erst mit einer Analyse der gegenwärtigen politischen Kräfte und ihrer Potenziale würde die Studie wirklich politisch überzeugend. Dies ist umso dringlicher geboten, wenn wie derzeit ein mehrheitsfähiger politischer Akteur oder eine Koalition fehlen, welche die weitreichenden Ziele umzusetzen in der Lage wären.

Partei ohne Ausstrahlung

Franz Müntefering hat durchaus recht, wenn er feststellt, dass eine sichtbar orientierungsschwache Angela Merkel derzeit nicht die Meinungsführerschaft im Lande innehat. Das Problem dabei: Die SPD besitzt die kulturelle Hegemonie deswegen noch lange nicht. So sehr deshalb der An- und Ausgriff auf das nächste Jahrzehnt erforderlich ist, so sehr sind die bisherigen intellektuellen Politik-Entwürfe von erstaunlicher Visionslosigkeit – und damit ein getreues Spiegelbild der Defizite der Partei.

Die Marginalisierung, die nicht nur mehr und mehr Menschen, sondern auch der deutschen Sozialdemokratie mittelfristig drohen könnte, beruht darauf, dass es der Partei seit geraumer Zeit nicht mehr gelingt, mitreißende Ziele und die dafür erforderlichen Schlagworte zu kreieren. Vom nationalkonservativen Historiker Michael

Stürmer ließ sich bereits vor 20 Jahren lernen: »Die Zukunft gewinnt, wer die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.« Im letzten Jahrzehnt hat die SPD durchaus Begriffe geprägt. Mit *Hartz IV* und *Agenda 2010* sind jedoch leider Schlagworte im Raum, die die Partei nachhaltig belasten. Umso mehr ist es erforderlich, neue Begriffe zu kreieren, die die geistige Situation der Zeit produktiv auf den Punkt bringen. Um die herrschende Lethargie aufzubrechen, muss die SPD die wirklich drängenden politischen Probleme identifizieren. Das Wissenschaftsdeutsch der FES-Studie, in dem »Wachstumspfade, Politiken und Politikbündel identifiziert« werden, hat diesen Defiziten nichts entgegen zu setzen.

Was der SPD und ihren Parte intelektuellen heute fehlt, ist der gesellschaftliche Blick. Vor zwei Jahren gelang es der FES, die Debatte kurzzeitig zu bestimmen. Die Prekariatsstudie mit ihrer völlig zutreffenden Diagnose einer neuen Unterschicht bot die Möglichkeit, das zunehmende Auseinanderdriften der Gesellschaft radikal zu thematisieren und zu politisieren. Aus Angst vor dem Populismusvorwurf wurde diese Chance leichtfertig vertan. Heute driften wir in eine Phase weit schärferer gesellschaftlicher Spaltung. Die Entwicklung etwa in England, wo Einheimische bereits offen gegen jene ausländischen Arbeitnehmer protestieren, mit denen sie eben noch auf dem Bau oder an den Fließbändern Seite an Seite gearbeitet haben, lässt Schlimmes auch für die Bundesrepublik befürchten.

Worum es heute also geht, ist eine intensive Verständigung über den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten der globalen Krise. Dafür müssen taugliche Begriffe wieder gefunden oder neu definiert werden. Begriffe, die im Gedächtnis der SPD alle vorhanden sind. Was etwa bedeutet Solidarität in Zeiten, in denen den westlichen Gesellschaften (jedenfalls vorübergehend) die Arbeit, aber auch (auf Dauer) die fossilen Ressourcen ausgehen?

Wie wären Sicherheit und soziale Gerechtigkeit in Zeiten eines notwendigen Weniger zu definieren? Entlang dieser Fragen, die weit über die Finanzkrise im engeren Sinne hinausgehen und auf die Kumulation der sozialen, ökonomischen und ökologischen Gefahren im Sinne einer grundsätzlichen Infragestellung der westlich-kapitalistischen Zivilisation verweisen, hätte die Debatte zu erfolgen. Die dafür erforderliche politische Übersetzungsarbeit wird gegenwärtig jedoch von niemandem geleistet, auch nicht von der SPD.

Die große Geschichtsvergessenheit

Kurz vor seinem Tode sagte Peter Glotz: »Ein neues Godesberg wäre eine gewaltige Chance für die SPD«. Versteht man dieses Ansinnen primär dahingehend, einen neuen großen politisch-strategischen Entwurf zu wagen, um die deutsche Gesellschaft nachhaltig zu verändern und gleichzeitig die Meinungsführerschaft zu übernehmen, wäre ein neues Godesberg in der Tat dringend geboten. Die Ironie der Geschichte: Bedeutete Godesberg im Jahre 1959 auch eine Anpassungsleistung an das westlich-kapitalistische Fortschrittsmodells, ist heute dessen radikale analytische Infragestellung von Nöten. Und die SPD ist dafür eigentlich durchaus besser gerüstet als der politische Hauptgegner. Während es in erheblichen Teilen der Union immer noch »Mehr Kapitalismus wagen« heißt (so der letzte Buchtitel von Friedrich Merz, dem vermeintlichen ordnungspolitischen Gewissen der CDU), kann die SPD an eine lange Tradition der Kapitalismuskritik anknüpfen.

Der platte Neoliberalismus der letzten Jahre hat gezeigt, welch weiten Weg dieses Land seit seiner Gründung gegangen ist. Die Väter selbst der Union wussten dagegen noch: Der Kapitalismus allein schafft keine Ordnung. Das Ahlener Programm der CDU von 1949 sah deshalb umfang-

reiche Vergesellschaftungen vor. All das wurde aus dem Wissen darum diskutiert, welche Verheerungen der Kapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angerichtet hat. Dass dieses Bewusstsein seit 1989 weitgehend verloren ging, ist Ausdruck einer gewaltigen und hochgefährlichen Geschichtsvergessenheit.

Auch die SPD war diesbezüglich schon einmal erheblich weiter. In den nicht zuletzt von Erhard Eppler beeinflussten Parteiprogrammen von Berlin (1989) und Hamburg (2007) hat die Partei ausdrücklich von einem eindimensionalen Wachstumspfad Abschied genommen. Hieran gilt es anzuknüpfen. »Das Neue Jahrzehnt ist eine wichtige Ideenschmiede für unser Wahlmanifest. Wir wollen Menschen neugierig machen auf unsere Politik, sie begeistern und zeigen, dass wir mit frischen Ideen in dieses Jahr gehen und das Neue

Jahrzehnt verantwortungsvoll gestalten können,« heißt es im Aufruf der SPD-Spitze. Auf der Abschlussveranstaltung am 19. April in Berlin wird Frank-Walter Steinmeier – auf der Basis dieser Debatte – den Entwurf für ein Regierungsprogramm vorstellen. Mit dem bisher Geleisteten, sowohl in den Diskussionen als auch in den Papieren, wird es jedoch schwerlich gelingen, 2009, das »Jahr der Bewährung« (Steinmeier), zu einem Erfolg zu machen. Was dagegen heute Not tut, wäre die kritische Wiederaneignung des bereits Durchdachten. Schon einmal, nämlich nach 1989, beging die Partei den Fehler, in Zeiten des Umbruchs ein Parteiprogramm und damit die eigenen intellektuellen Traditionen umgehend zu vergessen. Diesen Fehler sollte sie diesmal nicht wiederholen. Andernfalls wird sie ihre intellektuelle Defensive kaum überwinden.

Michael Müller / Wolfgang Thierse

Nachhaltige Zukunft

Sozialökologische Marktwirtschaft ist die wichtigste Alternative zum entfesselten Kapitalismus

Michael Müller

(* 1948) MdB, ist seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

michael.mueller@bundestag.de



Wolfgang Thierse

(* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vize-Präsident.

Er ist zudem Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission sowie des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de



Alle Regierungen sind heute intensiv mit einem Management der Finanzkrise beschäftigt. Doch es geht um mehr. Neben dem Altersreuma der maroden Finanzordnung müssen auch die Geburtsschmerzen einer neuen Ära gesehen werden, die aus den ökologischen Herausforderungen erwachsen. Daraus ergeben sich große Chancen für neuen Wohlstand und neue Beschäftigung.

Ein Rendezvous mit dem Schicksal sind die seltenen Konstellationen, an denen geschichtliche Weichenstellungen möglich werden. Zuletzt war das 1989 der Fall, als die zweigeteilte Welt zusammenbrach. Die Chance der deutschen Einheit wurde genutzt, nicht jedoch die Möglichkeit, den